

Die Regierungserklärung : das Metropolenprogramm

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design**

Band (Jahr): **18 (2005)**

Heft [9]: **Das Metropolenprogramm : 50 Jahre Zürcher Studiengesellschaft für Bau- und Verkehrsfragen**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-122750>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Metropolenprogramm

Text: Die Minister und Experten
Fotos: Pirmin Rösli

«Mit Heidiland ist Schluss, die Guisanschweiz hat ausgeröchelt, der Regionalschacher vorbei. Heute beginnt ein neues Kapitel», verkündete vollmundig der Ministerpräsident am 18. März 2005 im Rathaus Zürich. Was war passiert? Die Zürcher Studiengesellschaft für Bau- und Verkehrsfragen (ZBV) hat es immer schon besser gewusst, doch es besser machen durfte sie nie. Durch den Ratschluss des Schicksals kam sie im Frühling überraschend an die Macht. Die neue Regierung stellte ihr Regierungsprogramm vor, das hier in gekürzter Fassung vorgestellt wird. Drei Experten nehmen dazu Stellung und es folgt die Ratsdebatte.

Was ist das Ziel dieser Regierung? Der Ministerpräsident machte es klar: «Wir wollen erstens reich bleiben und reicher werden. Wir wollen zweitens unsere Lebensqualität bewahren und verbessern. Wir wollen drittens den sozialen Frieden erhalten und vertiefen.» Das wird nicht ohne tief greifende Änderungen möglich sein. Einige Stichworte seien aufgezählt: Einwanderungsland, metropolitaner Richtplan, Stadtpark, Schliessen des Baugebiets, Verdoppelung der Kultur- und Bildungsmittel. Zürich ist heute eine Agglomeration, morgen soll Zürich eine Metropole sein. Das Metropolenprogramm der ZBV ist der Weg dahin. Am Ende steht die Wissens-, Kultur-, Bildungs- und Erfindermetropole, der summende Bienenstock.

1 Der Ratspräsident

«Meine Damen und Herren. Es geht um unsere Zukunft. Die ZBV übernimmt die Regierung. Doch wohin steuert unser Schiff? Ich bin überzeugt, dass die neue Regierung darauf eine Antwort hat. Die heutige Sitzung ist darum nur einem einzigen, aber ausserordentlich wichtigen Traktandum gewidmet. Die neue Regierung wird uns ihr Programm vorstellen. Herr Ministerpräsident, ich lade Sie ein, dem Rat das Metropolenprogramm darzulegen.»

2 Der Ministerpräsident

«Herr Präsident, meine Damen und Herren. Bis zum Mauerfall war alles in Ordnung. Doch heute ist alles durcheinander. Der Sonderfall ist verröchelt, General Guisan ist tot und Max Frisch lebt auch nicht mehr. Am 2. Oktober 2001 starteten wir fassungslos auf das Grounding, die Swis-sair war Pleite. Das ist folgenreicher als Marignano. Ratlosigkeit herrscht, Verlustangst geht um. Wir alle spüren: Es geht schleichend bergab. Die Zürcher Studiengesellschaft für Bau- und Verkehrsfragen hat die Macht übernommen, weil die Zeiten der Verdrängung endgültig vorbei sind. Diese Regierung blickt den Tatsachen ins bleiche Gesicht, denn die Realität, meine Damen und Herren, die gibt es. Sie kommt als Städtekonkurrenz daher, doch nicht die alte, freundeidgenössische zwischen Zürich und Basel, sondern die europäische, sprich, Zürich gegen Lyon, Stuttgart, München, Wien, Milano. Doch wir sind darauf nicht vorbereitet. Noch haben wir die geistige Landesverteidigung nicht überwunden. Diese Regierung will die Alpenfestung aus den Gehirnen blasen. Es braucht dort Platz für Neues, Platz für das Metropolenprogramm. Was wollen wir in diesem Land? Stillschweigend sind wir uns längst einig. Wir wollen erstens reich bleiben und reicher werden. Wir wollen zweitens unsere Lebensqualität bewahren und verbessern. Wir wollen drittens den sozialen Frieden erhalten und vertiefen.

Dieses einleuchtende Programm hätte jede unserer Vorgängerregierungen unterschrieben. Der Unterschied ist nur, dass wir unser Programm ernst nehmen. Wir werden es durchsetzen. Wir scheuen uns nicht, der Lebensqualität und dem sozialen Frieden das nötige Gewicht zu geben und vor allem: Diese Regierung will in dreissig Jahren gelobt werden, nicht bei den nächsten Wahlen.

In der Schweiz gab es noch nie eine nationale, es gab immer nur regionale Politik. Die zwei Neat-Röhren, von denen eine genügt hätte, beweisen dies schlagend und teuer. Da der Bund keine Zukunftsplanung kennt und seine ganze Energie in Verteilungskämpfe steckt, ist es unsere Pflicht, die nationale Entwicklungspolitik selbst in die Hand zu nehmen. Es ist die Aufgabe der Starken, die nationalen Interessen voranzubringen. Den Schwachen kann diese Bürde nicht zugemutet werden. Sie haben es richtig gehört: Von Zürich reden, heisst über die Schweiz sprechen.

Das Metropolenprogramm, das wir Ihnen hier vorstellen, geht mit dem Begriff «Metropole» reichlich unbekümmert um. Diese Regierung stellt fest: Heute leben siebzig Prozent der Bevölkerung in der Agglomeration. Die Metropole ist heute ein Projekt, noch gibt es sie nicht. Sie ist das, was aus der bestehenden Agglomeration werden soll. Denn die Metropole ist weit mehr als der von der blinden Entwicklung im Mittelland hinterlassene Siedlungsbrei. Sie ist die neue, funktionstüchtige, mehrpolige, zeitgenössische Form der Stadt. Je nach Aufgabe ist ihre Grösse verschieden: Sie umfasst die Flughäfen Basel und Kloten,

das Kultur- und Kongresszentrum am See gehört dazu, das Gebiet des Zürcher Verkehrsverbunds ist ihr Kernland. Sie umfasst über zwei Millionen Einwohner und erreicht damit die kritische Masse, die es braucht, in der Städtekonkurrenz zu bestehen. Überspitzt gesagt: Die Metropole ist die Deutschschweiz minus die Alpen. Damit ist aber eindeutig festgehalten: Papas Föderalismus ist tot. Diese Regierung denkt an die Zukunft, nicht an die Bestandeshaltung. Deutlicher noch: Die Bestandeshaltung ist die Lähmung, die uns befallen hat. Wie die jugendlichen Radikalen der Regenerationsepoche wird diese Regierung das verknorzte Gefüge der Schweiz aufbrechen und der Zukunft Platz schaffen.

Bisher galt: Jeder hat Anrecht auf alles. Jeder Quadratmeter der Schweizeroberfläche ist vor der Wirtschaft gleich, wo dies nicht der Fall ist, muss mit Subventionen dafür gesorgt werden. Föderalismus ist, wenn der Bund zahlt. Diese Regierung anerkennt, dass diese Grundsätze im 20. Jahrhundert erfolgreich waren, im 21. aber führen sie zur Auszehrung. Darum gilt neu: Nicht jedem alles, sondern am richtigen Ort gezielt das Nötige. Das Metropolenprogramm stellt das nationale Wohl über die Partikularinteressen. Wer die Metropole bekämpft, will keine reiche, lebenswerte, sozial friedliche Schweiz. Dem genügt die Schweiz der

diese Regierung weiterbauen wird. Darum wird diese Regierung einen metropolitanen Richtplan ausarbeiten. Für den Verkehr sind darin folgende strategische Grundsätze verankert: Diese Regierung wird

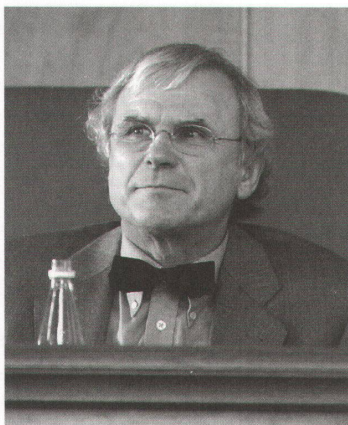
- die Schwerpunkte der internationalen, nationalen und regionalen Vernetzung und die dafür erforderlichen Investitionen festlegen,
- das bestehende Verkehrssystem nutzen und pflegen,
- die Kostenwahrheit im Verkehr durchsetzen und
- mit dem metropolitanen Richtplan die Investitionen und den Betrieb sämtlicher Infrastrukturen mit der Siedlungsentwicklung koordinieren.

Ich beginne mit dem Flugverkehr. Für die Metropole ist und bleibt der Zürcher Flughafen das Tor zur Welt. Dieses Anschlussbauwerk müssen wir offen halten und seinen Ausbau planerisch sichern. Wir wissen nicht, wie sich der Luftverkehr entwickeln wird, wissen aber, dass er uns bisher immer nur überrascht hat. Die vom Flugbetrieb ausgehenden Störungen sind auf weniger dicht besiedelte Gebiete zu konzentrieren. Die Parallelpiste auf dem Gelände des heutigen Waffenplatzes Kloten ist planerisch zu sichern. Ob sie je gebaut wird, ist unsicher, dass aber dort nicht irgendetwas gebaut werden darf, todsicher. Diese Regierung erachtet eine Beschränkung der Flugbewegun-

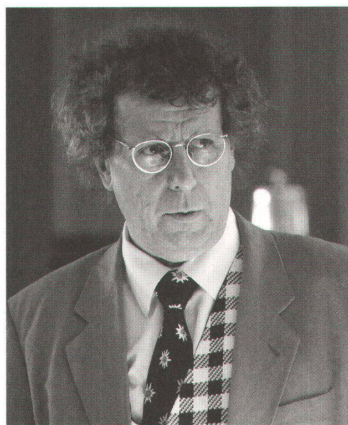
1 Der Ratspräsident: Ueli Marbach, Architekt

2 Der Ministerpräsident: Benedikt Loderer, Stadtwanderer, Redaktor Hochparterre

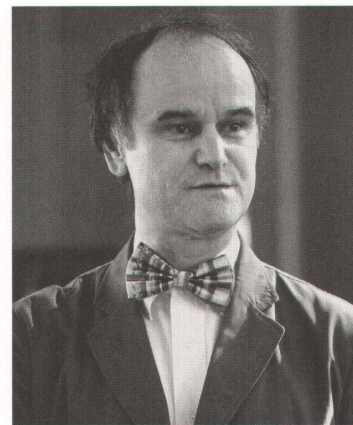
3 Der Minister für Geschwindigkeit: Rolf Signer, Planer



1



2



3

Dorfkönige und Talfürsten. Wer von Ihnen, meine Damen und Herren, will die langsam verarmende, zersiedelte Menschenfresserschweiz? Wir sind die Baumeister der neuen Schweiz. Wir errichten das Anschlussbauwerk an Europa und die Welt. Die Metropole wird zum Wissens-, Kultur-, Bildungs- und Erfindungsplatz, zum summenden Bienenstock. In dreissig Jahren gehört die Metropole zu den zehn bedeutendsten Clustern der Welt. Entscheidend aber sind die Köpfe. Darum ist die Neuvermessung der Oberstübchen die erste Aufgabe. Diese Regierung wird alles daran setzten, den Menschen in diesem Land klar zu machen, dass sie bereits Agglomeriten sind, dass sie darum nur die Wahl haben, entweder Metropolitane zu werden oder Hinterwäldler. Diese Regierung hat sich für die Metropole entschieden.»

3 Der Minister für Geschwindigkeit

«Herr Präsident, meine Damen und Herren. Heute schon ist der Grossraum Zürich mit der Bahn 2000, der S-Bahn, Tram und Bus, zusammengefasst im Verkehrsverbund, der Neid der intelligenten Verkehrsplaner auf der ganzen Welt. Sie blicken mit sehnsüchtigen Augen auf die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und den hohen Anteil des öffentlichen Verkehrs. Das ist das Fundament, auf dem

gen als unzweckmässig: Wer dies fordert, schlägt den Sack und meint den Esel. Es geht um den Lärm, nicht die Flugbewegungen. Diese Regierung plafoniert den Lärm, nicht das Fliegen. Der heutige Fluglärm ist das noch akzeptable Maximum. Mehr wird nicht zugelassen. Die künftigen Flugzeuge werden leiser sein. Die Abnahme des Fluglärms kommt erstens ganz direkt den Lärmgeplagten zu gute, doch gibt die Verringerung dem Flughafen die Möglichkeit, die Flugbewegungen, so dies der Markt verlangte, zu erhöhen. Entscheidend ist aber die Kostenwahrheit. Diese Regierung wird dafür sorgen, dass eine Kerosinsteuer eingeführt wird. Wir alle wussten: Das Fliegen ist zu billig, genauer, es zahlt seine Kosten nicht. Wer für das Fliegen zahlt, was es kostet, fliegt weniger. Trotzdem hält diese Regierung fest: Wer für die Beschränkung der Flugbewegungen ist, will keine Metropole.

Diese Regierung wird den Militärflughafen Dübendorf im dicht besiedelten Gebiet der Gattstadt schliessen. Dieses Areal ist eine strategische Reserve, die nicht verhäuselt werden darf, sondern der Gesamtentwicklung der Metropole dienen muss. Diese über 250 Hektaren sind eine Chance, Defizite der bisherigen Entwicklung auszugleichen. Der gesamte Flughafen Dübendorf wird mit sofortiger Wirkung zur Planungszone erklärt. →

→ Ich komme zum Schienenverkehr. Diese Regierung wird die Metropole in das europäische Schnellbahnnetz einbinden. Der Knoten Zürich gibt den Takt an. Von Zürich aus fahren die intermetropolitanen Züge täglich nach Lyon, Paris, Stuttgart, Frankfurt, München, Wien und Milano. Der Hauptbahnhof Zürich ist auch der Knoten zwischen dem nationalen und dem metropolitanen Schienennetz. Darum widersetzt sich diese Regierung den überzogenen Ansprüchen der Regionalpolitiker. Hingegen wird diese Regierung die zweite Etappe der Bahn 2000 durchsetzen. Leistungssteigerungen im West-Ostkorridor sind unabdingbar. Das Kernstück ist der Bahnhof Löwenstrasse. Den Swissmetro-Plänen hingegen erteilen wir eine klare Absage.

Nun zum Strassenverkehr, meine Damen und Herren. Diese Regierung anerkennt gerne die Freiheit, die das Auto ermöglicht und verkörpert. Doch die Freiheit hat ihren Preis. Diese Regierung denkt marktwirtschaftlich und führt daher die Kostenwahrheit im Verkehr ein. Dazu kommt, dass diese Regierung den motorisierten Individualverkehr als ein Problem ansieht, das nicht mit weiteren Strassenbauten allein gelöst werden kann. Zur Kostenwahrheit kommt die metropolitenweite Verkehrssteuerung. Dazu gehört unter anderem die Einführung des Road Pricing. Für das begehrte Gut Strassenraum steigt der Preis.

Jede Verkehrsplanung ist auch Siedlungsplanung, umgekehrt ist Siedlungsplanung ohne Verkehrsplanung keine. Aus- und Neubauten der Verkehrsinfrastruktur sind daher mit der Schliessung des Baugebietes, wie es der Minister für sorgfältiges Haushalten noch darlegen wird, in Übereinstimmung zu bringen. Die Verkehrspolitik dieser Regierung wird bewusst nicht beim öffentlichen und beim Individualverkehr stehen bleiben, sondern endlich auch den Langsamverkehr miteinbeziehen.

Die Kostenwahrheit, die Verkehrssteuerung inklusive Road Pricing, die Übereinstimmung von Verkehrsplanung und Siedlungspolitik werden in ihrem Zusammenwirken zu einer deutlichen Verringerung des motorisierten Individualverkehrs führen. Das ist gesamtwirtschaftlich günstiger, ökologisch besser und sozialverträglicher; Ziele, die diese Regierung hartnäckig verfolgt. Der Metropole fehlt ein alle Verkehrsträger integrierendes Gesamtverkehrskonzept, das diese Regierung sofort an die Hand nehmen wird. Es ist ein Bestandteil des metropolitanen Richtplanes, der die gesamte Metropole umfassen wird und sich weder von Gemeinde-, noch Kantons-, noch Landesgrenzen beeindrucken lässt. Wir stehen vor einem Massstabswechsel, den es mutig zu bejahen gilt. Diese Regierung wird ihre Hausaufgaben machen.»

4 Der Minister für sorgfältiges Haushalten

«Herr Präsident, meine Damen und Herren. Wir haben von unseren Vorfahren ein riesiges Kapital an Fähigkeiten und natürlichen Grundlagen geerbt. Wir sind verpflichtet, dieses Erbe unversehrte unseren Nachkommen zu übergeben. Das wird ohne grundsätzliche Neuerungen nicht gehen. Ich stelle Ihnen in der gebotenen Kürze die wichtigsten Massnahmen vor, die diese Regierung verwirklichen will. In der Metropole Zürich herrscht der soziale Friede, ihn will diese Regierung erhalten und festigen. Das Ziel heisst soziale Sicherheit. Zwei Dinge halten wir dabei für besonders wichtig: die gesellschaftliche Stabilität und die Versorgung mit Wohnraum. Sie sind die Pfeiler, auf denen die soziale Sicherheit ruht. Was braucht es, um die Bevölkerung vital zu halten? Wichtiger als die Zahl der Bewoh-

ner ist eine aktive und stabile Bevölkerung. Denn heute wissen wir: Die Überalterung ist eine Tatsache, wir können sie nicht verhindern. Ab 2015 wird der Altersbaum in der Metropole mächtig in den Himmel wachsen; die älteren Menschen werden den Alltag prägen. Darum muss die jüngere, aktive Bevölkerung wachsen, was nur durch erhöhte Zuwanderung zu erreichen ist. Die Zuwanderung aus anderen Kantonen genügt nicht, es bringt nichts, die letzten Bergtäler zu leeren. Darum wird diese Regierung die Einwanderung fördern, um für Blutauffrischung zu sorgen. Sie wird Anreize schaffen, damit – auch aus dem erweiterten Europa – tüchtige Migranten in unsere Metropole kommen. Die Integration dieser «NeuschweizerInnen» ist vor allem eine Frage unseres Selbstbewusstseins. Wir müssen unsere Abwehrhaltung überwinden. Diese Regierung wird die Erkenntnis fördern, dass die Zuwanderer Helfer, keine Profiteure sind. Die sind wir.

Wie schaffen wir genügend Wohnraum an geeigneten Lagen? Wie der Bürger wohnt, so zufrieden ist er. Ohne Wohnraum keine soziale Stabilität. Doch der funktionierende Wohnungsmarkt ist in den zentralen Lagen der Metropole eine Illusion und war es immer schon. Doch was ist zu tun? Das Hüslü ist die Krankheit des Landes. Es steht im Speckgürtel und beansprucht ein Viertel der gesamten Wohnproduktion und ein Drittel des Baulandes. Bodenverbrauch und Produktionskapazitäten werden ins falsche Objekt investiert. Zwar freut sich diese Regierung über jeden Hauseigentümer. Aber auch hier gilt die Kostenwahrheit. Der höhere Aufwand für die nötige Erschliessung und Infrastruktur muss von den Hausbesitzern übernommen werden. Es wird keine versteckten Subventionen für das Eigenheim mehr geben. Damit wird mehr Kapital in den übrigen Wohnungsbau fliessen. Diese Regierung wird dafür sorgen, dass jährlich 12000 Neuwohnungen produziert werden; davon aber mindestens 10000 Geschosswohnungen für vielseitige Wohnbedürfnisse.

Wir müssen dort bauen, wo die Erschliessung stimmt. Alle mit der S-Bahn erschlossenen Lagen sind vorrangig dem Wohnbau zu öffnen. Diese Regierung legt die Einzugsbereiche der S-Bahn im metropolitanen Richtplan fest. Damit setzt diese Regierung eine metropolitenweite Koordination der Siedlungsentwicklung durch. Künftig wird nicht länger jede Gemeinde neue Einfamilienhaus- oder neue Gewerbebezonen schaffen und verbauen. Der Abtausch von Baulandreserven innerhalb und zwischen den Gemeinden wird damit Realität.

Schliesslich: Damit der Gebäudepark vital bleibt, müssen jährlich 1 bis 2 Prozent der Substanz abgebrochen und ersetzt werden. Das sind rund 5000 Wohnbauten im Jahr. Abgebrochen werden aber jedes Jahr höchstens 1000 Wohnungen, viel zu wenig! Diese Regierung wird steuerliche Anreize schaffen, um den überalterten Siedlungskörper rascher zu erneuern. Damit wird auch die innere Verdichtung gefördert und viel Neubauland gespart.

Ich fasse die drei wichtigsten Massnahmen zusammen: Jedes Jahr 10000 neue Zuzüger und 10000 Ausländer einbürgern, jedes Jahr 12000 neue Wohnungen und 5000 ersetzen und alle Bau- und Reservezonen ausserhalb der S-Bahnlagen einfrieren.»

5 Der Minister für Rentabilität

«Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Werfen Sie zusammen mit mir einen Blick in die Zukunft. Wir sind heute von

der Angst getrieben, man könnte uns etwas wegnehmen. Sogar Steuern zahlt man ungern. Wir müssen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu bringen, mit Glücksgefühl Steuern zu zahlen. Wie? Sie werden es erfahren!

Ein Hinweis vorweg. Wohin bringen Sie Ihr Ersparnis? Sie tragen Ihr Geld dorthin, wo Sie neben Sicherheit auch eine Rendite haben; und ich, Ihr Minister für Rentabilität, garantiere Ihnen dies, auch für Ihre Steuern, die Sie in der Metropole bezahlen. Eine reiche, prosperierende Metropole führt zu hoher Lebensqualität, zu sozialer Stabilität, zu gesundem, nachhaltigem Wachstum. Mein Kollege, der hochverehrte Minister für weiche Faktoren, wird Ihnen noch wichtige Hinweise geben, wie die Metropole zum summenden Bienenstock, zur Wissens-, Bildungs-, Kultur- und Erfindermetropole wird, mitten im neuen Stadtpark. Zürich wird zur lokalsten und wohnlichsten Weltstadt. Wir werden nicht nur im Europacup mitspielen, sondern in den Weltcup aufsteigen. Aus ganz Europa werden tausende von Wohlhabenden in die Metropole Zürich ziehen, tausende wissbegierige Jugendliche werden den Bienenstock mit neuem Blut versorgen. Sie fragen wie? Sie werden es erfahren! Der alte, landesübliche Föderalismus ist die schleichende Auszehrung der Schweiz. Man muss den Motor pflegen, nicht die Rücksitze neu bezie-

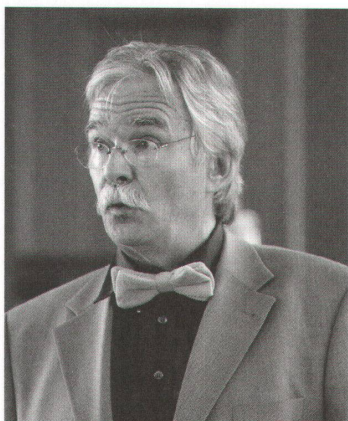
ergelder, wie von meinen Minister-Kollegen dargelegt, in langfristig ausgerichtete Investitionen an, welche dank einem Return-on-Investment, einer (angenehmen) Rendite mittelfristig eine Reduktion der Steuerrate erlauben werden. Nirgends in der ganzen Metropole darf diese Steuerrate höher sein als im heutigen Kanton Zürich. Sie hören richtig: Diese Regierung tritt für eine Steuerharmonisierung ein. Nicht nur mit Verkehrspolitik macht man Planung, diese Regierung macht auch mit den Steuern Planung, eine genauso erfolgreiche dazu. Die Verzerrungen des Steuerwettbewerbs innerhalb der Metropole werden wir entschärfen.

Wir werden mit grosser Aufmerksamkeit verfolgen, was unsere Konkurrenz tut. Immer werden wir dafür sorgen, dass das Steuerniveau der Metropole am untern Rand der Konkurrenten wie München, Mailand oder Lyon liegt. Die Skeptiker unter Ihnen werden sich fragen, woher das Geld? Wenn die Metropole bei welchem Ranking auch immer unter den zehn ersten der Welt sein wird, werden wir von den zehn höchsten Steuereinnahmen der Welt profitieren. Allerdings kriegen wir das nicht geschenkt. Wir werden es erarbeiten müssen. Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Wir müssen die Voraussetzungen schaffen für die attraktivste Weltstadt. Investie-

4 Der Minister für sorgfältiges Haushalten:
Silver Hesse, Planer

5 Der Minister für Rentabilität: Martin
Zollinger, Vizepräsident des Bankrates ZKB

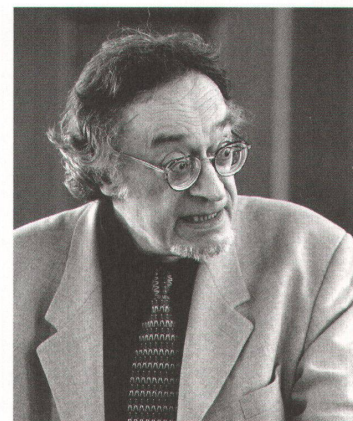
6 Der Minister für weiche Faktoren: Rudolf
Schilling, Publizist



4



5



6

hen, wenn man vorwärts kommen will. Man muss nicht mit der Giesskanne Almosen verteilen, sondern mit ökonomischem Verstand Investitionen tätigen. Nicht die Bestandeswahrung der Hinterbänkler ist das Ziel dieser Regierung, sondern die Förderung des Wirtschaftsmotors. Wir müssen zum Wohle aller in der Metropole investieren, nicht am Rande Bestandespflege betreiben. Erst eine geldverdienende Metropole wird mit dem Spill-over-Effekt auch die Randregionen zum Blühen bringen. Sie fragen wie? Sie werden es erfahren!

Diese Regierung geht vom Bestehenden aus, das sie zu entwickeln sucht. Wir müssen die Metropole als wichtigen internationalen Finanzplatz pflegen und ausbauen. Er ist eine Ergänzung des Wissens-, Kultur-, Bildungs- und Erfindungsbienenkorbs. In Ergänzung zum Programm des Ministers für weiche Faktoren wird mein Ministerium alles daran setzen, dass die Metropole zur ersten Adresse der Welt für Finanzwissenschaften wird. Wir handeln nicht nur mit Geld, wir denken auch darüber nach, wie wir es zum Wohle aller Metropoliten am besten einsetzen.

Die Steuerrate muss ab-, der Intelligenzquotient der Bevölkerung zunehmen. Das bisherige durchschnittliche Steuerniveau im Kanton Zürich dient uns als Richtschnur, ich halte diese Belastung für verkraftbar. Wir legen die Steu-

ren wir in die Kultur- und in die Bildungsstadt Zürich, welche die klügsten Köpfe aus aller Welt anziehen wird. Stärken wir den Finanzplatz Zürich. Überzeugen wir die Schweizerinnen und Schweizer, dass in die Metropole investiertes Geld für alle die beste, ja nachhaltigste Rendite erbringt.

Sie fragen wie? Unterstützen Sie unser Metropolenprogramm, vertrauen Sie meinen Kollegen und vertrauen Sie mir und Sie werden es erleben!»

6 Der Minister für weiche Faktoren

«Herr Präsident, meine Damen und Herren. Vor Ihnen steht der Minister für weiche Faktoren. Man nennt sie die weichen, weil sie schwer messbar sind. Es sind aber die wichtigsten, die in der heutigen Städtekonkurrenz entscheidenden. Auf drei davon werde ich näher eingehen:

- auf die Erholungsqualität,
- auf das Kulturangebot,
- auf das Bildungswesen.

Die Erholungsqualität zuerst. Gott hat uns den Zürichsee geschenkt samt Albis, Pfannenstil und Greifensee, aber noch viel mehr: die schönsten Stadtparke der Welt! Vom Nationalpark im Engadin bis zu den Freibergen im Jura, vom Seerücken im Thurgau bis zum Pilatus und zum →

→ Bürgerstock. Die Stadtpärke sind teils Ruhezeiten, teils auch Sport- und Spielzonen. Darum ist der Alpenraum nicht länger ein Tourismusgebiet, er ist von jetzt an der Erholungsraum der Metropole. Diese Regierung will diese Parkgebiete konsequent schützen, sie ins Bewusstsein rufen, sie entsprechend pflegen.

Konsequent schützen heisst: Das Baugebiet schliessen, ob in den Städten, in den Agglomerationen oder im Berggebiet. Diese Regierung wird keine neuen Bauzonen mehr zulassen! Das heisst keineswegs allgemeiner Baustopp. Im Gegenteil! Es soll und muss gebaut werden, wie wir vom Minister für sorgfältiges Haushalten schon gehört haben. Gebaut werden darf aber künftig nur in schon bebauten und erschlossenen Gebieten. Unsere Landschaft ist zu wertvoll, um sie der Verhäuslung zu überlassen.

Pflegen: Die Erholungsräume der Metropole sind Pärke, nicht Landwirtschaftszonen. Die Bauern und Bergbauern sind künftig Landschaftspfleger. Diese Regierung wird sie dafür auch entlohnen. Selbstverständlich sollen die Landschaftspfleger auch landwirtschaftliche Produkte erzeugen. Der grosse Stadtpark wird von biologischem Gemüse überquellen und von glücklichen Hühnern, Schweinen und Rindern wimmeln. Diese Regierung sorgt für eine Kehrtwendung: Die Landwirtschafts- wird Landschaftspflegepolitik. Die Millionen der Berggebetsförderung – ein hoffnungsloses Unternehmen der Sorte «Fass ohne Boden» – sind in Stadtparkpflege besser investiert als in Landwirtschaftssubventionen.

Erholung erschöpft sich aber nicht im kontemplativen Betrachten einer schönen Aussicht. Auch das Erlebnis ist Erholung. Zürich hat sich bereits europaweit einen guten Ruf als Event-City erworben, als Partystadt. Hier ist etwas los. Das bringt Punkte im Städte-Ranking. Da sind wir bereits stark und können noch stärker werden. Wir bekommen nun zwei grosse Stadien in Zürich, das Joggeli in Basel und das neue Wankdorf in Bern haben wir schon. Diese Regierung wird dafür sorgen, dass da auch etwas los ist, Spektakuläres, Ausstrahlendes. Getreu dem Gebot der Kostenwahrheit wird dies schliesslich Geld in die Kasse spülen. Diese Regierung hat deshalb, mir unterstellt, eine Fachstelle für Event-Animation und Event-Management geschaffen, kurz FEM.

Das führt mich zum zweiten zentralen weichen Faktor: der Kultur. Auch da ist unsere Ausgangsposition ausgezeichnet. Wir haben bereits einen hoch differenzierten, vielfältigen, an die weite Welt angeschlossenen Kulturbetrieb und ein breit gefächertes Kulturangebot. Ich will sie nicht mit Aufzählen langweilen, sondern auf die zwei Hauptaufgaben aufmerksam machen, die diese Regierung zur Stärkung dieser Stärke anpacken wird: Vernetzung und Bildungsoffensive. Vernetzung heisst: Die Kulturanbieter der ganzen Metropole werden so koordiniert, dass all die Angebote in all den zugehörigen Orten wie Winterthur, Aarau, Bern, Luzern, Basel als ein Gesamtangebot auftreten. Eine solche Gesamtschau zeigt, wie reich, wie toll, wie unerreicht unser Kulturbetrieb werden kann: Wir müssen uns auf den Weg machen, ein Weltkulturprogramm anzubieten, das dem Vergleich mit den anderen grossen Metropolen standhält.

Die Forderung heisst Förderung: Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir die Kulturretats erhöhen, fürs erste mindestens verdoppeln. Das ist eine langfristige Investition. Sie ist zukunftsweisend. Ein lebendiger Kulturbetrieb macht die Metropole international attraktiver, zieht

hoch qualifizierte und allenfalls gutbetuchte Menschen und Firmen an. Das Stichwort heisst Umwegrentabilität. Sie haben richtig gehört: Jawohl, so wird die Prosperität gefördert. Die Kulturabteilung in meinem Ministerium hat bereits den Auftrag, ein expansives Kulturkonzept zu entwickeln, in dem es auch ein Kapitel «neue Kulturbauten» geben wird. Die zusätzlichen Fördermittel nicht mit der Spritzkanne über den Kleinkunststammbaum streuen, sondern gezielt für Weltkultur einsetzen, wozu auch Weltbaukunst zählt, das ist das Programm dieser Regierung. Die Bildungsoffensive meint: Wir wissen, dass wir in Zürich mit ETH und Universität zwei Institute von Weltrang haben, wir sind stolz auf die Universitäten in Bern, Basel, Luzern und St. Gallen. Wir wissen auch, dass unsere Hochschulen entscheidende Wirtschaftsfaktoren sind. Auch da gilt – wie bei der Kultur: Sparen heisst am Ast sägen, auf dem wir sitzen. Wir müssen aber den Blick auf das ganze höhere Bildungswesen richten. Wir haben Fachhochschulen aller Sparten, wir haben Weiterbildungs-Institute für fast alle Spezialitäten, von Informatik bis Hotellerie, von Management bis Weinbau. Diese Regierung denkt marktwirtschaftlich: Jeder Know-how- und Wissenstransfer ist mit Wertschöpfung verbunden. Diese Regierung wird das Bildungsangebot erweitern, ausdifferenzieren, stärken.

Wir müssen aber auch in die Basis der Bildungspyramide investieren, in Volks- und Mittelschule. Sie können, ja müssen qualitativ wesentlich besser werden, wenn wir sie als Zulieferer höchstqualifizierter Spitzenhochschulen sehen. Dazu kommt die Aufgabe, die Integration der Zuwanderer zu sichern. Das bedeutet auch auf den unteren Stufen: Steigerung der Betreuungsintensität. Zusammenfassend: kleinere Klassen, mehr Betreuung, individualisiertere Unterrichtsformen. Diese Regierung wird für das Bildungswesen aller Stufen das Lehrpersonal verdoppeln.

Ich fasse zusammen. Diese Regierung wird

— den neuen Stadtpark erschaffen und das Baugebiet schliessen,

— die Investitionen im Kulturbereich verdoppeln,

— die Lehrstellen im Bildungswesen verdoppeln.

Die heutige Agglomeration wird zu einem Bildungs-, Kultur-, Wissens- und Erfindungscluster umgebaut. Hier wird die Zukunft vorbereitet, hier blüht die Weltkultur, hier studiert die Elite, hier ist die Forschung zu Hause, hier ist das Erfinden Alltag.»

2 Der Ministerpräsident

«Sie sehen, meine Damen und Herren, auf die Arglist der Zeit antwortet diese Regierung nicht mit nostalgischem Gejammer und der Verteidigung des längst Verlorenen, sondern mit grimmiger Entschlossenheit und dem Anpacken des Nötigen. Wir sind die einzigen Realisten in diesem Land der Selbstbetrüger. Wir sind die Einzigen, die etwas Neues wollen in diesem Staat der Bestandeswahrer. Wir begnügen uns nicht mit dem Erreichten, wir bringen die Schweiz voran. Wir sind nicht so beschränkt wie unsere Vorgänger, die sich am Ende der Geschichte glaubten, weil sie sich eine andere Schweiz als die, die sie bloss verwalteten, gar nicht vorstellen konnten. Nein, meine Damen und Herren, wir werden die Wissens-, Kultur-, Bildungs- und Erfindermetropole schaffen. Sie ist das Instrument, das uns Reichtum, Lebensqualität und sozialen Frieden garantiert. Mit dem Heidiland ist Schluss, die Guisanschweiz hat ausgeröchelt, der Mythos Sonderfall ist verdampft, der Regionalschacher vorbei. Heute beginnt ein

neues Kapitel. Der Realitätssinn übernimmt die Macht. Wir bauen eine neue Schweiz. Unterstützen Sie, meine Damen und Herren, das Metropolenprogramm.»

1 Der Ratspräsident

«Besten Dank dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett. Wir kommen nun zur Expertenrunde. Die interfraktionelle Konferenz hat sich auf drei namhafte Fachleute geeinigt und sie eingeladen, aus ihrer persönlichen Sicht unabhängig zum Metropolenprogramm Stellung zu nehmen.»

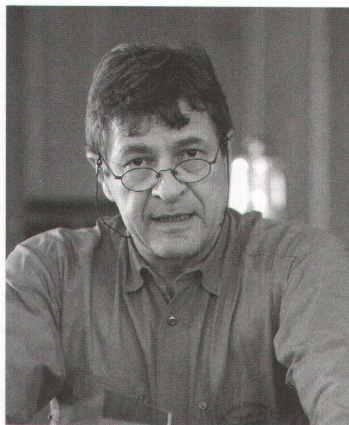
7 Der Experte für das grobe Fine Tuning

«Meine Damen und Herren, diese Regierung ist mir zu lau. Gestatten Sie mir, dass ich das Metropolenprogramm in einigen Punkten ergänze und verstärke: Ich würde diese Regierung (Wohlfahrtsausschuss) nennen und damit direkt und provokativ an einem revolutionären, republikanischen Staatsverständnis ansetzen. Die Regierung ist ein Ausschuss des Volkes. Der Wohlfahrtsausschuss setzt in dieser lebendigen Demokratie das Volk der Republik Zürich mit dem Staat gleich. Der Staat besteht durch das Volk. Deshalb gilt: Mehr Staat gleich mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Für die Sozialpolitik des Wohlfahrtsausschusses werden folgende Zentralprämissen vorgeschlagen.

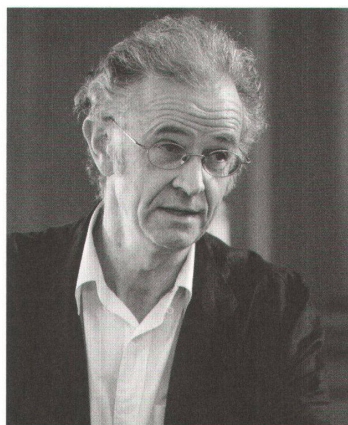
7 Der Experte für das grobe Fine Tuning:
Kurt Imhof, Soziologie- und Publizistikprofessor an der Uni Zürich

8 Der Experte für ewige Wahrheiten:
Christian Thomas, Architekt, Journalist und Fussgänger

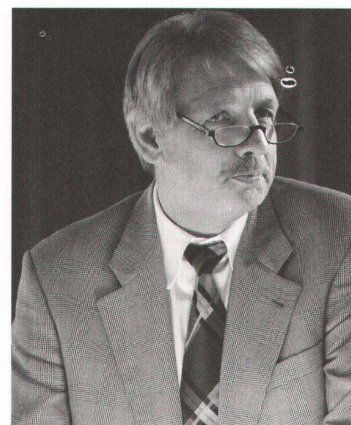
9 Der Experte für Städtekonkurrenz:
Josef Estermann, Jurist, Ex-Stadtpräsident Zürich



7



8



9

— Das bestehende sozialpolitische Klientelwesen wird aufgelöst. Der Bürger der Metropole, dessen direktes oder abgeleitetes Einkommen aus dem Arbeitsmarkt für die Selbstversorgung nicht ausreicht, ist kein Klient, sondern Mitglied des Staates und erhält ein Basiseinkommen.

— Die Fülle der Arbeitstätigkeiten, die ausserhalb des Arbeitsmarktes unentgeltlich geleistet werden, werden als Gemeinwesenarbeit in ein neues Arbeitsgesetz aufgenommen, das diese Tätigkeiten auf dieselbe Stufe wie die marktvermittelte Arbeit stellt. Vor diesem Hintergrund anerkennt der Wohlfahrtsausschuss dezidiert ein Recht auf Arbeit, er realisiert die Vollbeschäftigung und lehnt eine Altersbeschränkung von Arbeitstätigkeiten ab.

— Die bisherigen Einrichtungen der Alters-, Hinterbliebenen-, Invalidenversicherungen sowie Arbeitslosenkasse und die Mindesteinkommensregelungen werden abgeschafft. Für diejenigen, die aus physischen oder psychischen Gründen nicht in der Lage sind, sich an der marktvermittelten oder an der Gemeinwesenarbeit zu beteiligen, wird das Basiseinkommen so festgesetzt, dass sie in Würde leben können und die bestmögliche Versorgung erhalten.

— Zudem wird eine Familienpolitik realisiert. Dazu zählt die Festlegung eines Familienbasiseinkommens, das sich mit der Zahl der Familienmitglieder erhöht. Dazu zählen

Kinderversorgungseinrichtungen am Arbeitsplatz. Das Ministerium für sorgfältiges Haushalten nimmt die bestehende Praxis der Pflichtparkplätze als Vorbild, um Kindertagesstätten in Arbeitsplatznähe zu realisieren.»

8 Der Experte für ewige Wahrheiten

«Meine Damen und Herren, wenn schon Städtekonkurrenz, dann müssen wir uns nicht mit München oder Milano messen, sondern mit Lanzhou, Zengzhou und Hangzhou, alles Millionenstädte in China, die hier kaum jemand kennt, in denen aber all das, was früher in der Schweiz produziert worden ist, viel billiger produziert werden kann, weil die Leute zehn Mal weniger verdienen. Langfristig gibt es also zwei Möglichkeiten: Entweder sinken die Lebenshaltungskosten hierzulande auf chinesisches Niveau und wir sind mit den Chinesen konkurrenzfähig oder die Chinesen steigern ihren Lebensstandard auf unser Niveau und wir sind wieder konkurrenzfähig mit ihnen. Allerdings wird im zweiten Fall die ewige Wahrheit zuschlagen, die geologische nämlich.

Beim Erdölverbrauch hat die zweite Halbzeit begonnen. Die Grösse der jährlich neu entdeckten Vorräte geht seit 1964 kontinuierlich zurück. Seit den Achtzigerjahren wird jedes Jahr weniger Öl gefunden als konsumiert. Wir wer-

den nur noch so lange Erdöl zur Verfügung haben, wie wir es bereits gehabt haben, unter der Voraussetzung, dass wir von nun an den Verbrauch so schnell drosseln, wie er bisher gewachsen ist. Die Frage, welche Autobahnen noch gebaut werden sollen, dürfte sich einigermaßen erübrigen, denn in zwanzig Jahren werden bedeutend weniger Autos als heute zirkulieren.»

9 Der Experte für Städtekonkurrenz

«Dirk Bronger hat acht Kriterien definiert, nach denen er die Weltbedeutung der Stadtregionen abschätzte: nach der Anzahl der Konzernzentralen und ihrem weltweiten Umsatz, der Anzahl der Grossbanken, dem Sitz der Börsen nach Umsatz, dem Passagieraufkommen internationaler Flughäfen, dem Frachtaufkommen, dem Umschlag grosser Seehäfen, dem Sitz bedeutender internationaler Organisationen. Bronger setzt Zürich auf den erstaunlichen Platz 26. Was die Stadt in solche Sphären hebt, ist der Finanzplatz, vor allem das Private Banking. Ob von da ein Weg an die Spitze zu den (zehn bedeutendsten Clustern der Welt) führt? Checken wir es ab!

— Was den Finanzplatz betrifft: Selbstverständlich besitzen wir ein Know-how, das uns niemand streitig macht. Wenn aber die EU darauf beharrt, unser Bankgeheimnis →

→ für einen feindlichen Akt zu halten, und wenn sie damit droht, unsere Banken von ihren Börsen auszuschliessen, – wetten, dass die Schweizer Banken sich unter solchen Umständen akkommodieren werden? – Der Umsatz an der Börse hat sich in den letzten Jahren mehr als halbiert. Ich kenne niemanden, der damit rechnet, dass wir die Londoner oder die Frankfurter Börse schlucken werden.

— Die Passagierzahlen in Kloten sind geschrumpft; das Frachtvolumen ebenso. Natürlich gibt es mehr oder weniger gescheite Beschränkungen des Flugverkehrs. Aber am Ende sind Beschränkungen Beschränkungen.

— Stadtpärke in den Alpen sind in der Tat realistischer als die freie Sicht aufs Mittelmeer. Auf einen Seehafen müssen wir wohl oder übel verzichten.

Dirk Bronger hat seine Einsichten in eine These gefasst: Ein Platz an der Sonne hängt in unserer globalen Wirtschaft von der wirtschaftlichen Machtstellung und vom politischen Einfluss eines Landes ab. Politisch stehen wir abseits. Wer nur für sich selbst schaut, wenn es um eine gemeinsame und solidarische Zukunft geht, steht als Trittbrettfahrer und als Schmarotzer da. Wir haben uns politisch isoliert und wirtschaftlich abgeschottet. So sehr, dass unsere Binnenwirtschaft seit Jahren serbelt. Das alles schmeckt nicht nach Auf-, sondern nach Abstieg.

Herr Ministerpräsident, hohe Regierung, Sie haben recht. So geht es nicht weiter. Jedenfalls nicht aufwärts. Auch stimme ich Ihnen zu: Wer von Zürich redet, muss über die Schweiz sprechen. Umgekehrt gibt es in der Schweiz, wie Sie nicht minder trefflich bemerken, keine nationale, sondern nur eine regionale Politik. Und die kümmert sich nicht um die Agglomerationen. Sie bedient ausschliesslich das Berggebiet. Der Aufbruch beginnt im Kopf. Der Satz kommt mir bekannt vor. Aber das Dämmern darf sich nicht auf den eigenen Kopf beschränken. Es soll in allen Köpfen tagen. Sie sind gesetzt vom Finnischen Meerbusen bis zum Ostchinesischen und Gelben Meer. Zweifellos kann man ohne Wissen und Bildung wirtschaftlich keine Fahrt gewinnen. Allerdings muss Wissen auch gelöscht, müssen Erfindungen auf dem Boden der wirtschaftlichen Realität gelandet und zu Markt getragen werden.

Natürlich weisen unsere Mittellandseen mit all ihren Flüssen weniger Fische auf als der Pazifische, Indische oder Atlantische Ozean. Nicht anders verhält es sich mit den «human resources» in kleinen und grossen Regionen. Also müssen wir uns und unsere Jugend umso besser ausbilden. Wissen und Bildung sind unser einziger Rohstoff. Weil er auch bei grössten Anstrengungen für globale Funktionen nicht ausreicht und manchmal auch nicht in erforderlicher Qualität vorhanden ist, sind wir auf Immigration angewiesen. Dies hat Ihre Regierung richtig erkannt.

Ein letztes Wort zur Arglist Europas. Ihre Regierung tritt für Steuergerechtigkeit und folglich für Steuerharmonisierung ein. Sie hat recht, wenn sie den Steuerföderalismus für die Zersiedlung verantwortlich macht. Andererseits zählen die Steuerfüsse von Herrliberg, Zug und Freienbach zur Attraktivität unserer Region. Sie gehören zu den Faktoren, die uns in Lebensqualität auf Platz eins aufsteigen liessen. Wenn es um Steuern geht, konkurrieren wir nicht mit Hochsteuerländern wie Deutschland und Frankreich, sondern mit London und seinem Schützling Guernsey. Das ist kein Argument gegen die Steuerharmonisierung; aber ein Hinweis darauf, dass man nur zu den Reichsten gehören kann, wenn man sich auf sie einrichtet. Ist das Ihr Ziel, werden Sie nicht darum herkommen.»

Die Ratsdebatte

Die Regierung scheidet kläglich. Die Ratsdebatte eröffnete Claudia Schmid ¹⁰, eine Bäuerin aus dem Tösstal, die Klartext redete: «Landschaftspflege, neuer Stadtpark! Das ist einfach Bauernsterben, nichts anderes. Wir sind euch zu teuer. Ihr wollt eine Schweiz ohne Bauern. Ihr wollt unser Land, wir können ruhig veräppeln!» Sie schimpfte das Metropolenprogramm sei «nur ein Bürospektakel von Planertubbeli». Jedenfalls scheint die Landbevölkerung die ihr zugedachte Rolle der Parkwärter und Landschaftsgärtner nicht zu schätzen.

Die Diskussion war von einer echt schweizerischen Skepsis geprägt, im Rat fanden sich kaum Verteidiger des Metropolenprogramms. Wie zu erwarten war, kamen auch aus der Westschweiz Bedenken. Sabine Ziegler ermahnte die Zürcher auf Französisch, die Grundsätze des Föderalismus zu achten. Die Metropole Zürich zerstöre das eidgenössische Gleichgewicht. Als sie später nochmals in die Debatte eingriff, sprach sie Deutsch, weil nur, was auf Deutsch gesagt werde, auch gehört werde in diesem Land.

Ähnlich tönte, was Rahel Marti ¹¹ zu sagen hatte. Sie gab sich als Glarnerin zu erkennen und hielt fest, man könne den Kanton Glarus nicht zu einem Ballenberg für Metropolitane machen.

Dass es hierzulande keine nationale, sondern nur eine regionale Politik gibt, das spiegelte sich auch in der Diskussion. Die meisten Voten waren Kirchturmdenken. Erst am Schluss kam der Städteforscher Richard Wolff ¹² aufs Grundsätzliche. Das Metropolenprogramm sei nichts weiteres als eine Neuauflage der alten, technokratischen Methoden, jedoch mit einem neuen Namen. Es gehe um die Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen, nicht um eine nachhaltige Entwicklung. Zusammenfassend: Das Metropolenprogramm ist Machoplanung.

Die Schlussabstimmung

In seiner zusammenfassenden Antwort auf die in der Debatte geäusserte Kritik ging der Ministerpräsident vor allem auf drei Punkte ein. Erstens sei es falsch, einen Gegensatz von Stadtpark und Metropole zu konstruieren. Richtig hingegen sei, dass die Metropole das Ganze ist und aus Park und Besiedlung bestehe. Sie seien die beiden Seiten der Münze, die Metropole heisse. Man müsse die Aufgaben neu verteilen, nicht alles überall, sondern das Richtige am geeigneten Ort.

Zweitens dürfe man sich den Bienenstock nicht wie Monaco vorstellen. Nicht eine Steueroase solle die Metropole werden, sondern eine Werkstatt des Wissens und der Kultur. «Hier werden nicht Vermögen verzehrt, sondern Werte geschaffen, nicht der Rentner ist der wahre Metropolit, sondern der kreative Geistesarbeiter!» Drittens schliesslich sei es richtig, dass das Metropolenprogramm zur Bodenfrage nichts zu sagen habe. «Diese Regierung», erklärte der Ministerpräsident, «will das Fuder nicht überladen. Die Durchsetzung des Metropolenprogramms ist uns Arbeit genug. Die Bodenfrage kommt später dran.»

Der Ratspräsident schritt zur Schlussabstimmung. Das Metropolenprogramm der ZBV wurde mit 52 zu 27 Stimmen abgelehnt.

Da ergriff der Ministerpräsident nochmals das Wort und verkündete mit hochmütiger Schärfe: «Meine Damen und Herren, die Regierung der Zürcher Studiengesellschaft für Bau- und Verkehrsfragen tritt mit sofortiger Wirkung geschlossen zurück. Macht euren Dreck alleine!»

Die ZBV-Regierung überlebte ihren ersten Nachmittag nicht. Ihr Programm war zu radikal, beschnitt zu viele Einzelinteressen und schuf sich damit zu viele Gegner. Seither ist im Millionenzürich alles wieder wie vorher, es herrscht der Zustand. Die ZBV-Regierung ist weg, die Probleme, die sie lösen wollte, aber sind geblieben. Wie schon oft in ihrer fünfzigjährigen Geschichte stellte die ZBV die richtigen Fragen. Die erste lautet: Was soll aus Zürich werden? Die Antwort: Die Wissens-, Kultur-, Bildungs- und Erfindermetropole. Das ist ein Projekt, über seine Verwirklichung müsste man reden. Es herrscht das Schweigen.

Die ZBV-Regierung behauptete trotzig: Wir stellen die Giesskanne in die Föderalismusecke. Das Metropolenprogramm wollte die Schweiz radikal umbauen und damit zu einer neuen Arbeitsverteilung innerhalb des Landes kommen. Das ist nicht mehrheitsfähig, bedenkenswert ist es doch. Es herrscht die Stille.

Das ZBV-Programm forderte die Kostenwahrheit auf allen Gebieten. Die Internalisierung der externen Kosten ist inbegriffen, auch die Abgeltung der Zentrumslasten, ja sogar eine mässige Steuerharmonisierung. Kurz, die Hülschweizer zahlen selbst, was sie kosten. Alles Fragen, die heute diskutiert werden müssten. Es herrscht die Ruhe.

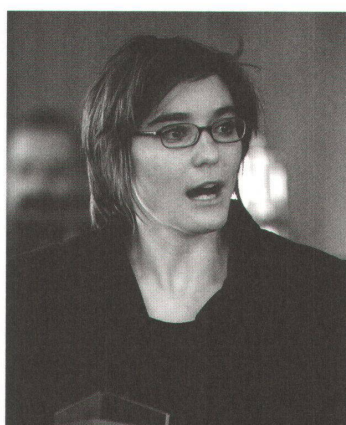
10 Die Landfrau: Claudia Schmid, Redaktorin Berner Zeitung

11 Die Glarnerin: Rahel Marti, Redaktorin Hochparterre

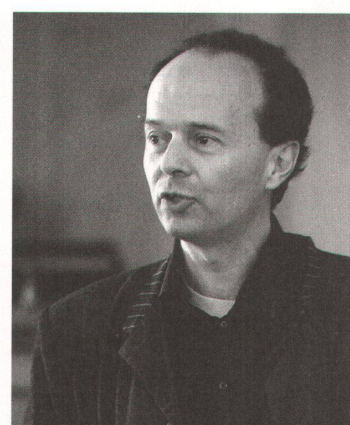
12 Der Städteforscher: Richard Wolff, Dr. sc. nat ETH, INURA Zürich, The International Network for Urban Research



10



11



12

Die muss ein Einwanderungsland sein, wenn sie prosperieren will. Dafür braucht es Wohnungen, und die am richtigen Ort. Die ZBV-Regierung forderte einen metropolitanen Richtplan, der Siedlung und Verkehr aufeinander abstimmt. Während die offizielle Politik daran ist, aus jedem Bauernhof eine Kleinbauzone zu machen, verlangen die ZBV-Leute das Schliessen des Baugebiets. Es herrscht die Verhäuselung.

Von der Bildung als unserem Rohstoff reden alle gerne. Doch Bildung und Kultur als ein Investment zu betrachten, ist weniger verbreitet. Die ZBV-Regierung will diese Mittel verdoppeln. Es herrscht die Dumpfheit.

«Wir sind die einzigen Realisten in diesem Land der Selbstbetrüger», war einer der lauten Sätze. Das ist starker Tobak, wo alle glauben, realistisch zu sein. Allerdings braucht es dazu die tägliche Verdrängungsarbeit. Man will nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Welt sich verändert hat. Sie soll sich gefälligst der Schweiz anpassen. Die ZBV-Leute hingegen sagen Städtekonkurrenz. Ist das Metropolenprogramm auch überritten, so ist es doch eine Sehhilfe. Man sieht damit über den Tellerrand, ein lehrreicher Ausblick. Hier geht es um Wirklichkeitssinn. Es herrscht die Nabelschau.

Die ZBV-Regierung blieb uns erspart. Wer wird aber ihre Aufgaben übernehmen? Es herrscht der Zustand.